

# Anzeiger von Uster

Montag, 20. Mai 2019 | Nr. 115 | CHF 3.80 | www.züriost.ch

## Ein leichter Abschied nach 33 Jahren

Felix Wanner, Bäretswiler Gemeindeschreiber, erklärt, wieso ihm sein Rücktritt nicht schwer fällt. **Seite 7**



## Rund 3500 Jungturner in Rüti und Effretikon

Am Wochenende fand in den Gemeinden Rüti und Illnau-Effretikon der kantonale Jugendsporttag statt. **Seite 2**

## Der FC Basel ist Cup-Sieger 2019

Für die Thuner kam der Weckruf zu spät. Der FC Basel gewinnt den Final und wird zum 13. Mal Cup-Sieger. **Seite 23**

Redaktion 044 9333333  
redaktion@zol.ch  
Aboservice 044 9333205  
abo@zol.ch  
Inserate 044 9333204  
inserate@zol.ch  
AZ 8620 Wetzikon

**ZRZ**  
Zürcher Regionalzeitungen

## Die Stadt muss amtliche Mitteilungen weiterhin in der Zeitung publizieren

**Uster** Die Ustermer Stimmbürger wollen den «Anzeiger von Uster» als amtliches Publikationsorgan beibehalten. Das Projekt für die Untere Farb findet auch im zweiten Anlauf eine Mehrheit.

### Benjamin Rothschild

Die Stimmberechtigten der Stadt Uster wollen nicht, dass die städ-

tische Website neues amtliches Publikationsorgan wird. Mit 4690 Nein- zu 4451 Ja-Stimmen haben sie sich gegen eine entsprechen-

de Vorlage ausgesprochen, die Stadt- und Gemeinderat unterstützt hatten. Dies bedeutet, dass der «Anzeiger von Uster» auch

weiterhin amtliches Publikationsorgan der Stadt bleibt. Die Stimmbeteiligung bei diesem Geschäft lag bei 42,8 Prozent.

Klar gutgeheissen haben die Ustermer zum zweiten Mal den öffentlichen Gestaltungsplan für die Untere Farb. **Seiten 3 und 5**

ANZEIGE

**Reibenschuh AG**  
Teppiche - Parkett - Plattenbeläge - Vorhänge  
reibenschuhag.ch | Wetzikon | Tel. 044 932 29 88



## Vor jedem Auftritt Lampenfieber



**Schwerzenbach** Sebastián Tortosa ist ein zurückhaltender Mensch. Fast schon scheu. Aus der Reserve lockt man den 41-jährigen Organist nur mit dem Thema Musik. Geht es um seine Leidenschaft, dann fangen seine Augen an zu leuchten. **Seite 6** Foto: Christian Merz

## Waffenrichtlinie: Tösstaler stellen sich gegen EU-Regeln

**Region** Die Schweizer Bevölkerung sagt mit 66,4 Prozent Ja zur AHV-Steuervorlage (Staf). Steuerprivilegien für internationale Unternehmen werden abgeschafft, dafür gibt es neue Erleichterungen für alle Firmen. Und die AHV bekommt jährlich 2 Milliarden Franken zusätzlich.

### Region auf gleicher Linie

Auch in allen drei Bezirken der Region haben die Stimmberechtig-

tigten die AHV-Steuervorlage mit zum Teil deutlich über 60 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Einzig die Gemeinde Fischenthal lehnt die Vorlage mit 50,79 Prozent Nein-Stimmen knapp ab.

### Sport nur ein Grund

Auch die Übernahme der EU-Waffenrichtlinien nimmt das Schweizer Stimmvolk mit 63,7 Prozent an.

Auch die Stimmberechtigten der Bezirke Hinwil, Pfäffikon und Uster legten für diese Vorlage ein deutliches Ja in die Urne – mit Ausnahme der Tösstaler Bevölkerung: Die Gemeinden Fischenthal, Bauma, Wila und Wildberg lehnten das neue EU-Waffenrecht deutlich ab. Die starke regionale Tradition des Schiesssports dürfte dabei nur einen Teil der Begründung darstellen. (zo) **Seiten 2, 16 bis 19**

## Nach Skandal-Video kommt es in Österreich zu Neuwahlen

**Wien** Österreich muss nach dem spektakulären Ende der rechtskonservativen Koalition eine neue Regierung wählen. «Ich plädiere für vorgezogene Neuwahlen zu Beginn des Septembers», erklärte gestern Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Der österreichische Vizekanzler und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache war einen Tag zuvor zurückgetreten,

nachdem die «Süddeutsche Zeitung» und der «Spiegel» ein Video versuchter Absprachen mit einer vorgeblichen reichen Oligarchen-Nichte veröffentlichten. Bundeskanzler Sebastian Kurz löste daraufhin die Koalition von ÖVP und FPÖ auf. Unklar ist, ob die noch amtierenden FPÖ-Minister bis zu den Neuwahlen im Amt bleiben. (zo) **Seite 21**

## Deutliches Ja aus allen Gemeinden

**Bezirk Pfäffikon** Die Stimmbürger aller beteiligten Gemeinden legten gestern ein sehr deutliches Ja zur Gründung der gemeinsamen Anstalt «Regionale Abwasserentsorgung Tösstal» in die Urne. Die Anstalt soll die Infrastruktur dafür schaffen, dass die obere Töss bis 2035 abwasserfrei ist.

Auch die Stimmberechtigten der Gemeinde Illnau-Effretikon stimmten ihren beiden Vorlagen gestern deutlich zu. Einerseits stimmten 3163 Personen für ein neues städtisches Regenbecken. Bereits im kommenden Herbst soll es mit dem Bau an der Brandriet-/Grendelbachstrasse losgehen. Andererseits haben die Illnau-Effretiker die Teilrevision der Gemeindeordnung abgesegnelt. (zo) **Seiten 8 und 9**

## Spital Affoltern hat noch eine Chance

**Affoltern** Überraschend deutlich hat sich das Stimmvolk des Bezirks Affoltern für das Regionalspital ausgesprochen: Drei Viertel stellten sich hinter die neue Rechtsform, welche es den Spitalverantwortlichen ermöglicht, sich erneut um einen Platz auf der Spitalliste des Kantons zu bewerben. Der wackelt allerdings, hat doch der Regierungsrat erst vor Kurzem festgestellt, dass das Spital für die Grundversorgung der Region nicht nötig sei. Wäre dann diese Hürde genommen, wartet schon die nächste. Damit das Spital überhaupt weiterbetrieben werden kann, ist ein Neubau nötig. (net) **Seite 15**



Inserate

Rubriken

■ Amtliche Anzeigen 12  
■ Todesanzeigen 12



# Die «Bringschuld» bleibt

**Uster** Mit dem Nein zur städtischen Website als neues amtliches Publikationsorgan stellen sich die Ustermer gegen den Stadtrat – das weckt Erinnerungen an vergangene Polit-Beben an der Urne.

**Benjamin Rothschild**

Es ist ein knappes Resultat: 4690 Stimmbürger wollen nicht, dass die Website der Stadt Uster neues amtliches Publikationsorgan wird und die Tageszeitung «Anzeiger von Uster» ablöst. Ihnen stehen 4451 Stimmberechtigte gegenüber, die sich für die neue Publikationspolitik des Stadtrats und einer Mehrheit des Gemeinderats aussprachen.

Die Differenz von gerade einmal 239 Stimmen passt zu diesem Abstimmungskampf, der von Anfang an emotional geführt wurde und die Gemüter der Ustermerinnen und Ustermer offensichtlich bewegte. «Das Thema war allgegenwärtig. Ich erinnere mich kaum an eine kommunale Vorlage, die die Leute derart beschäftigt hat», sagt die Grüne Gemeinderätin Eveline Fuchs. Sie hat mit ihrer Partei das Referendum unterstützt und freut sich nun «riesig» über den Abstimmungsausgang.

Initiiert wurde das Referendum indes nicht von einer politischen Partei, sondern vom Ustermer Seniorenrat. Er beklagte eine Diskriminierung älterer Menschen durch die Vorlage. So hätten viele von ihnen kaum Zugang zur digitalen Welt. Sie drohten vom behördlichen Informationsfluss abgeschnitten zu werden, wenn ein Grossteil der städtischen Mitteilungen nur noch im Internet publiziert wird.

Und mit ihren Vorbehalten waren die Ustermer Senioren nicht allein: Innert zweieinhalb Wochen unterzeichneten 1855 Personen das Referendum, rund 37 Prozent der Unterschriften stammten gemäss einer Auswertung des Seniorenrats von Nichtsenioren.

## Abstimmung zu früh

Diese haben nun mit dazu beigetragen, dass die Vorlage des Stadtrats an der Urne Schiffbruch erlitt. «Ich glaube, ausschlaggebend für das Nein war das Argu-



Gemeinderätin Eveline Fuchs (links) und Mitglieder des Ustermer Seniorenrats freuen sich über das Abstimmungsergebnis. Foto: Marcel Vollenweider

ment, dass sich die Leute die amtlichen Mitteilungen nicht selbst im Internet zusammensuchen wollen. Die Stadt hat hier eine Bringschuld», sagt Paula Pfeifer, die für den Ustermer Seniorenrat an vorderster Front gegen die neue Publikationspolitik kämpfte und das Abstimmungsergebnis sec, aber euphorisiert mit dem Wort «super» kommentiert.

Stadtpräsidentin Barbara Thalmann (SP) führt derweil eine andere Argumentation ins Feld, die sie im Abstimmungskampf wiederholt vernommen habe: «Ich habe immer wieder gehört, dass diese Vorlage zu früh kommt – und dass es noch immer zahlreiche Personen gibt, die sich die amtlichen Informationen über die Zeitung beschaffen», sagt sie.

Obschon sich Thalmann dezidiert für die städtische Website als neues amtliches Publikationsorgan aussprach, hält sich bei ihr die Enttäuschung über

**«Es gibt immer noch zahlreiche Personen, die sich die amtlichen Informationen über die Zeitung beschaffen.»**

**Barbara Thalmann**  
Stadtpräsidentin Uster (SP)

den Abstimmungsausgang in Grenzen: «Es hat sich so abgezeichnet, und ich bin auch nicht überrascht», sagt sie. Die Gegner der Vorlage seien im Abstimmungskampf präsenter gewesen als die Befürworter. Nicht nur bei Thalmann werden Erinnerungen an die Waldinitiative wach, die die Ustermer Stimmbürger vor gut einem Jahr ebenfalls völlig überraschend und entgegen der Haltung fast sämtlicher Parteien angenommen hatten.

## Volk gegen Parlament

Auch bei den «Amtlichen» sprach sich im September eine Mehrheit der Gemeinderatsfraktionen für die Weisung des Stadtrats und damit für die neue Publikationspolitik aus. Die Verhältnisse im Parlament waren mit 27 Ja- zu 6 Nein-Stimmen klar. «Dieser Beschluss spiegelte die Haltung in der Bevölkerung offensichtlich nicht wider», sagt Thalmann

nun. Sie begrüsst es auch deshalb, dass das Referendum ergriffen wurde und eine breite Diskussion stattfand.

Den Gegnern der Vorlage zufolge, agierte der Stadtrat im Abstimmungskampf nicht immer glücklich: So wurde unter anderem moniert, dass er in seiner ursprünglichen Weisung bestimmte Mitteilungen aufgelistet habe, die auch künftig nicht nur digital, sondern auch in gedruckter Form oder in Schaukästen hätten veröffentlicht werden sollen – zum Beispiel Todesanzeigen oder die Öffnungszeiten der Verwaltung.

Im Abstimmungskampf kamen dann noch andere Mitteilungen dazu, und es wurde auf ein – bislang nicht veröffentlichtes – Reglement mit möglichen weiteren Ausnahmen verwiesen. Die Gegner um Paula Pfeifer und den Seniorenrat monierten mangelnde Transparenz und sprachen von «unverbindlichen Versprechen im Abstimmungskampf». Sie stellten sich auf den Standpunkt, dass es der Stadtrat verpasst habe, rechtzeitig auf einen Brief des Seniorenrats zu antworten und dessen Bedenken frühzeitig zu entkräften.

## «Kultur des Zeitungslesens»

Stadtpräsidentin Thalmann räumt ein, dass man in der Retrospektive «einige Dinge» hätte anders kommunizieren können. Für das Abstimmungsergebnis seien aber andere Faktoren ausschlaggebend gewesen. «Es ging um die Frage, welche Kehrseite die Digitalisierung hat – ein Thema, das auch sonst gesellschaftlich heiss diskutiert wird», sagt sie.

Und Gemeinderätin Eveline Fuchs spricht von der «Kultur des Zeitungslesens». Dass viele Leute diese bewahren wollen, habe ebenfalls zum Abstimmungsausgang beigetragen. Es ist ein Argument, das auch Paula Pfeifer ins Feld führt: «In der Zeitung sind die Informationen gebündelt und übersichtlich. Sie ist nicht nur für Senioren ein wichtiges Medium.»

## Kommentar

### Nach den Bäumen der Blätterwald

Es ist ein Volksentscheid gegen den Trend: Print statt digital, Zeitung statt Internet. Die Ustermer wollen am «Anzeiger von Uster» als amtliches Publikationsorgan festhalten.

Im politischen Uster werden Erinnerungen wach: Wie bei der Abstimmung über die Waldinitiative vor gut einem Jahr triumphieren in der drittgrössten Stadt des Kantons vermeintliche Polit-Underdogs über das lokalpolitische «Establishment». Damals waren es die Grünen, die sich an der Urne gegen alle anderen etablierten Ustermer Parteien und den Stadtrat durchsetzten. Diesmal ist es der (von den Grünen unterstützte) Seniorenrat, der mit einem erfolgreichen Referendum eine deutliche Mehrheit des Gemeinderats sowie den Stadtrat in die Schranken weist. Und damals wie heute müssen sich die Verlierer den Vorwurf gefallen lassen, im Abstimmungskampf zu wenig präsent gewesen zu sein.

Allerdings: War die Annahme der Waldinitiative im letzten Frühling eine echte Überraschung, war das Scheitern der «Amtlichen»-Vorlage nun ein Stück weit voraussehbar. Dass im letzten Herbst innert zweieinhalb Wochen 1855 Personen das Referendum unterzeichneten, liess ein erstes Mal aufhorchen. Das Thema schien vielen Ustermern unter den Nägeln zu brennen. Und die Gegner der neuen Publikationspolitik, allen voran der Ustermer Seniorenrat, vertraten ihren Standpunkt engagiert. Von Anfang an ging es ihnen nicht einfach nur um eine gewöhnliche lokalpolitische Vorlage, sondern um das grosse Ganze: So stand nicht einfach nur die Frage nach dem nahelegendsten Publikationskanal der Gegenwart zur Debatte, der eigentlich nur das Internet sein kann. Nein, es ging um die politische Teilhabe einer ganzen Bevölkerungsgruppe, um die Gefahren der Digitalisierung, um das Zeitungssterben.

Weshalb es dem Seniorenrat letztlich gelang, auch zahlreiche Nichtsenioren und jüngere Stimmbürger auf seine Seite zu ziehen, darüber kann nur spekuliert werden. Die Haltung, wonach die behördlichen Informationen eine «Bringschuld» seitens der städtischen Stellen bleiben sollen, dürfte ebenso eine Rolle gespielt haben, wie das Argument, wonach die Vorlage ein paar Jahre zu früh auf Tapet kam. Eher von untergeordneter Bedeutung dürfte die Befürchtung des Seniorenrats gewesen sein, wonach der unabhängige und kritische Journalismus in Uster leiden könnte. Und dennoch: Mit dem Abstimmungsergebnis vom Sonntag sendet Uster jenes Zeichen aus, um welches es dem Seniorenrat mit seinem Referendum ebenfalls ging: Das Votum gegen die neue Publikationspolitik ist zumindest auf symbolischer Ebene auch ein Votum gegen das Zeitungssterben und für die Vielfalt im Blätterwald.



**Benjamin Rothschild**  
Stellvertreter der Redaktion  
Chefredaktor

# In Hegnau wird ein neues kantonales Durchgangszentrum gebaut

**Volketswil** Das Volk hat dem Kredit von 7,5 Millionen Franken zugestimmt. Im Herbst sollen die Bagger auffahren.

Die Freude beim Volketswiler Gemeinderat ist gross. Die Stimmbevölkerung hat dem Baukredit von 7,5 Millionen Franken für den Neubau eines kantonalen Durchgangszentrums in Hegnau zugestimmt. Bei einer Stimmbeteiligung von 38 Prozent fiel das Votum für das Bauprojekt mit 2991 Ja- zu 1199 Nein-Stimmen deutlich aus.

Gemeindepräsident Jean-Philippe Pinto (CVP) ist dementsprechend erfreut – aber auch etwas überrascht: «Ich habe zwar gehofft, dass der Baukredit angenommen wird. Mit diesem deutlichen Entscheid habe ich bei diesem politisch schwierigen Thema aber nicht gerechnet.» Erleichtert über das Ergebnis ist auch Michael De Vita-Läubli, GLP-Gemeinderat und Präsident der zuständigen Baukommission. «Niemand macht Luftsprünge, wenn ein Asylzentrum gebaut wird. Für Volkets-

wil ist es aber die beste Entscheidung. Ich bin daher froh, dass die Bevölkerung so klar hinter dem Projekt steht.»

Laut geltenden Aufnahmequoten des Kantons Zürich muss Volketswil 130 Asylplätze zur Verfügung stellen. Weil das bisherige Durchgangszentrum an der Kindhauserstrasse Ende Jahr geschlossen wird, musste eine Alternative her. Dem Gemeinderat ist es laut Pinto gelungen, dies der Bevölkerung zu vermitteln. «Wir haben den

Stimmbürgern aufgezeigt, was die Vorteile dieser Lösung gegenüber der Variante mit dezentralem Wohnraum unter Gemeindeführung sind. Asylbewerber muss ohnehin jede Gemeinde aufnehmen», so der Gemeindepräsident.

## Finanzielle Entlastung

Mit dem geplanten Durchgangszentrum liegen die Kosten laut De Vita-Läubli wesentlich tiefer, als wenn die Gemeinde asylsuchenden Personen hätte alterna-

tiven Wohnraum zur Verfügung stellen müssen. Für die Gemeinde sei der Neubau dieses Durchgangszentrums finanziell eine Entlastung. «Ansonsten wäre Volketswil gefordert gewesen, bis Anfang 2020 Ersatzräumlichkeiten zur Verfügung zu stellen», erklärt Michael De Vita-Läubli. Nebst Aufwendungen für die Infrastruktur hätten auch für die Betreuung der Asylsuchenden zusätzliche personelle Ressourcen aufgewendet werden müssen. «Pro Jahr wären zwischen

1 und 1,5 Millionen Franken angefallen.»

Das Bauprojekt ist vom Volketswiler Gemeinderat sowie den lokalen Parteien von links bis rechts unterstützt worden. Auf Skepsis stiess das neu geplante Durchgangszentrum dagegen bei einigen Anwohnern. Sie äusseren im Vorfeld etwa Sicherheitsbedenken, übten Kritik an der Höhe der Baukosten und kritisierten Projektdetails wie beispielsweise die Parkplätze.

Trotz dieser kritischen Stimmen erhielt das Projekt grünes Licht. Gemäss De Vita-Läubli wird nun die Baueingabe detailliert geprüft und die offizielle Baufreigabe erteilt. Danach sollen voraussichtlich bereits im Herbst die Bagger auffahren und mit dem Bau an der Tolackerstrasse in Hegnau beginnen. Am 1. August 2020 soll es dann in Betrieb genommen werden.

**Tina Schöni**

## Das Projekt im Detail

Der Neubau des kantonalen Durchgangszentrums Volketswil soll aus sechs würfelförmigen Einheiten bestehen und an der Tolackerstrasse gebaut werden, nur rund 500 Meter vom heutigen Standort entfernt. Das Gebäude soll Platz für 134 asylsuchende Personen bieten und vorwiegend

auf Familien ausgerichtet sein. Die Gesamtprojektkosten belaufen sich auf rund 7,5 Millionen Franken. Das Grundstück ist bereits in Besitz der Gemeinde. Einer Umzonung hat die Bevölkerung an der letzten Gemeindeversammlung zugestimmt. Ebenfalls beschlossen wurde, dass der

Lärmschutz-Gestaltungsplan Hegnau-Unterdorf aufgehoben wird. Das alte Durchgangszentrum an der Kindhauserstrasse in Hegnau wird Ende Jahr aufgelöst. Der Kanton wird für das halbe Jahr, in dem kein Durchgangszentrum betrieben wird, Volketswil keine Asylbewerber zuteilen. (zo)